

## Hermann Theisen

# Aufruf zur Gründung der »Stiftung Atomwaffen Abschaffen«

**I**m vergangenen Jahr jährten sich zum 60. Mal die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Weltweit fanden Gedenkveranstaltungen statt und einhellig wurden dabei die atomare Abrüstung gefordert sowie der Verzicht auf jeglichen Einsatz von Atomwaffen.

Wenige Monate zuvor, im Mai 2005, fand in New York die fünfjährige Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) statt, auf der die Vertreter der Nationen den Erfolg der Umsetzung des NVV diskutieren und neue Ziele festsetzen wollten. Jene Überprüfungs-konferenz endete jedoch ergebnislos. Die Atomwaffenstaaten weigerten sich, über bereits im Jahr 2000 vereinbarte Abrüstungsschritte zu sprechen.

Somit änderte sich an der Grundproblematik der weltweiten atomaren Rüstung nichts: Immer noch befinden sich etwa 30.000 Atomwaffen im Besitz von acht Atomwaffenstaaten. Davon sind ca. 17.500 Atomwaffen sofort einsatzbereit, 4.000 existieren im Zustand ständiger Höchstalarmbereitschaft und könnten ihre Ziele somit innerhalb weniger Minuten erreichen.

Diese Situation und die Gefahr weltweiter kriegerischer und terroristischer Auseinandersetzungen veranlasste Anfang des vergangenen Jahres den Friedensnobelpreisträger Mohammed Al-Baradei in einem »Spiegel«-Interview zu der Einschätzung: »Noch nie war die Gefahr (eines Atomkrieges) so groß wie heute. Ein Atomkrieg rückt näher, wenn wir uns nicht auf ein neues internationales Kontrollsystem besinnen.«

Die Gefahr eines näherrückenden Atomkrieges wird neben den immer wieder genannten Szenarien (terroristische und extremistische Gruppierungen bzw. ihnen nahestehende Länder im Besitz von Atomwaffen) aktuell jedoch von einer ganz anderen Seite genährt: So hat Frankreichs Präsident Chirac Anfang 2006 die Weltöffentlichkeit mit der Drohung eines Einsatzes von Atomwaffen gegen jene Staaten aufhorchen lassen, die den Terrorismus unterstützen. Die Führer dieser Länder, sowie alle, »die in der ein oder anderen Weise den Einsatz von Massenvernichtungswaffen erwägen«, müssten mit einer »entschlossenen und angemessenen Antwort unsererseits« rechnen. »Diese Antwort kann konventionell sein. Sie kann aber auch anderer Natur sein«, so Chirac laut »Süddeutscher Zeitung« während des Besuchs eines Atom-U-Boot-Stützpunktes in der Bretagne, womit er unverhohlen auf einen möglichen Einsatz von Atomwaffen anspielt. Und gleichzeitig stehen die Weichen im Iran-Atom-

waffenkonflikt noch immer unvermindert in Richtung eines neuen Krieges.

### Atomwaffen-Diskussion in Deutschland

Das Chirac'sche atomare Säbelrasseln führte in Deutschland zu konträren Reaktionen innerhalb der Parteienlandschaft. So äußerte laut »Frankfurter Rundschau« der CDU-Politiker und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, Verständnis für Chirac, während Politiker der Bündnisgrünen, der FDP sowie der Linkspartei die Haltung Chiracs scharf kritisierten. Die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) plädierte in einem Interview der »Frankfurter Rundschau« gar dafür, »dass eine globale öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit atomarer Abrüstung geführt wird und dass meine Partei, die SPD, in dieser Diskussion die Initiative ergreift.«

Demgegenüber vermeiden es maßgebliche Berliner Politiker bisher konsequent, sich der delikaten Frage der nuklearen Teilhabe anzunehmen. Im Rahmen jener nukleare Teilhabe stellt die Bundeswehr im rheinland-pfälzischen Büchel Tornado-Kampfflugzeuge bereit, um im sog. Ernstfall die dort gelagerten US-amerikanischen Atomwaffen in ihr Ziel zu fliegen. Täglich üben also die in Büchel stationierten Piloten der Bundesluftwaffe einen solchen potenziellen Einsatz von Atomwaffen.

Darin wird nicht nur von Vertretern der Friedensbewegung ein Verstoß gegen den Nichtverbreitungsvertrag, das Völkerrecht und das Grundgesetz gesehen.

### Bemühen um ein Ende der atomaren Rüstung

Bereits seit den fünfziger Jahren gibt es in Deutschland eine Anti-Atomwaffenbewegung, die nach ihren Anfängen im »Kampf gegen den Atomtod« ihre Hochzeit nach dem NATO-Doppelbeschluss hatte, als in den 80er Jahren Zehntausende Atomwaffengegner mit Sitzblockaden in Mutlangen, Hasselbach und an anderen Orten ihren Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen zum Ausdruck brachten. Dies führte zu unzähligen Strafverfahren und Verurteilungen wegen vermeintlicher Nötigung der die Atomwaffenlager bewachenden Soldaten. Erst 1995 sollte mit einer wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dieser juristische Spuk ein Ende haben, als die Nötigungs-Rechtsprechung in

Sachen Sitzblockaden höchsttrichterlich als Verstoß gegen das Grundgesetz bewertet worden ist. In der Folge mussten sämtliche Strafverfahren neu aufgerollt werden, kam es zu entsprechenden Freisprüchen und wurden jene etwa 200 Menschen, die ihre Teilnahme an gewaltfreien Sitzblockaden in bundesdeutsche Gefängnisse geführt hatte, dafür zumindest finanziell entschädigt. Seit Mitte der 90er Jahre finden immer wieder Aktionen verschiedener gewaltfreier Aktionsgruppen statt, zudem bemühen sich eine Vielzahl von Gruppierungen und Verbänden darum, dass das Thema Atomwaffenbedrohung nicht in Vergessenheit gerät.

Dieses Ringen um einen Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen bzw. darüber hinaus um eine weltweite atomare Abrüstung, hat aber leider nach wie vor den Anschein, als gelinge es nur punktuell, die Öffentlichkeit bzw. die maßgeblichen Politiker zu erreichen. In der öffentlichen und politischen Diskussion blitzt das Thema immer wieder kurzzeitig auf, ohne jedoch damit die Hoffnung zu nähren, es könnte auch nur annähernd zu einem politischen Kurswechsel in der Atomwaffenfrage kommen.

### ■ Die Stiftung Atomaffen Abschaffen

In dieser Situation entstand die Idee zur Gründung einer Stiftung Atomwaffen Abschaffen.

Die Stiftung soll Organisationen, Initiativen und Menschen unterstützen, die sich für die Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen einsetzen. Sie soll zudem das Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wach halten und sich dafür einsetzen, dass sie – sowie auch die Opfer der Atomwaffentests – unterstützt werden. Zudem wird sie zweijährlich einen Josef-Rotblat-Preis vergeben, um mit ihm Organisationen, Initiativen und Menschen auszuzeichnen, die sich in herausragender Weise im Sinne des Stiftungsgedankens engagiert haben.

Neben ihrer fördernden Tätigkeit wird die Stiftung auch operativ tätig sein. So sollen eigene Projekte und Kampagnen entwickelt und angestoßen werden und die bereits bestehenden Anti-Atomwaffen-Bemühungen vernetzt werden.

### ■ Dringender Unterstützungsbedarf

Um eine Stiftung gründen zu können, sind 50.000 Euro notwendig, damit diese effektiv arbei-

ten kann, ein Mehrfaches davon. Deshalb werden dringend Spenden benötigt, wofür bei der GLS-Gemeinschaftsbank ein Konto eingerichtet wurde (Sonderkonto Theisen, Konto 6008 778 500, Bankleitzahl 430 609 67). Ebenso dringend sind Zustiftungen erwünscht. Fragen hierzu beantwortet der Autor dieses Artikels gerne.

Zum Unterstützterkreis der Stiftung Atomwaffen Abschaffen gehören die Politologen Prof. Dr. Michael Th. Greven, Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr und Prof. Dr. Fritz Vilmar; der Philosoph Prof. Dr. Ernst Tugendhat; die Soziologen Prof. Dr. Marianne Gronemeyer und Prof. Dr. Dr. Reimer Gronemeyer; die Politiker Peter Conradi, Dr. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine; die Bürgerrechtler Peggy Parnass, Hanne und Klaus Vack; der Psychologe Prof. Dr. Joachim Funke; die Theologin Prof. Dr. Luise Schottroff; der Physiker Prof. Dr. Hartwig Spitzer; der Chemiker Prof. Dr. Jörn Manz; der Psychiater Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner; der Mediziner Prof. Dr. Ulrich Gottstein; der Atomphysiker Prof. Dr. Klaus Traube; der Aufsichtsratsvorsitzende der GLS Gemeinschaftsbank Dr. Henner Ehringhaus; Leverkusens Oberbürgermeister Ernst Kuchler, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, Freiburgs Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon und Mutlangens Bürgermeister Peter Seyfried; der Ehrenvorsitzende des Österreichischen Versöhnungsbundes Prof. Ernst Schwarzc sowie der Musiker Konstantin Wecker.

Mögen sich weitere, ebenso vielfältige Menschen, dem Unterstützterkreis anschließen und sich dabei vielleicht der Worte von Erich Fried in seinem »Gespräch mit einem Überlebenden« erinnern: »Hast Du noch etwas zu sagen zu dem was du nicht gesagt hast? Ja, Dich zu fragen, was hättest Du an meiner Stelle getan? Das weiß ich nicht und ich kann über dich nicht richten. Nur eines weiß ich: Morgen wird keiner von uns leben bleiben, wenn wir heute wieder nichts tun.«

Kontaktadresse: Stiftung Atomwaffen Abschaffen, Hermann Theisen, Moltkestraße 35, 69120 Heidelberg, Telefon 06221-401304, 0177-2168985, eMail hermann.theisen@t-online.de

*Hermann Theisen ist DFG-VK-Mitglied und seit Jahren aktiv im Engagement gegen Atomwaffen.*

